

Verhandlungen des Kantonsrates

47

an seiner Sitzung vom 19. Februar 2018 im Kantonsratssaal, Herisau

Beginn	08.15 Uhr
Anwesend:	zwischen 63 und 64 Mitglieder des Kantonsrates 5 Mitglieder des Regierungsrates
Entschuldigt:	Kantonsrat Balz Ruprecht, Herisau (ganztags) Kantonsrätin Silvia Lenz, Gais (bis 10.40 Uhr) Kantonsrat Walter Raschle (ab 15.00 Uhr)
Vorsitz:	Kantonsratspräsident Florian Hunziker, Herisau
Ratschreiber:	Roger Nobs

1. Eröffnung durch den Kantonsratspräsidenten

48

Kantonsratspräsident Florian Hunziker, Herisau, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Sie sorgte für ein böses Erwachen aus dem Winterschlaf, diese Hiobsbotschaft aus Bern. Die sichergeglaubte Beteiligung des Bundes im Rahmen des 3. Agglomerationsprogrammes für das Leuchtturmprojekt «Bahnhofgestaltung und Busbahnhof Herisau» hat es nur auf die B-Liste geschafft – ein herber Rückschlag für Herisau, ein herber Rückschlag für das Appenzellerland. Dabei waren doch die Zeichen aus Bern scheinbar allesamt positiv. Wer hätte gedacht, dass dem hiesigen Bären der Honigtopf verwehrt bleibt und ihm stattdessen ein Honigbrötchen in Form des Schwänli-Kreisels aufgetischt würde? Ob beim Kanton oder bei der Gemeinde: In Herisau rechnete man mit mehr. Diese Brosame vermag doch den Bärenhunger beileibe nicht zu stillen!

Bärenhunger? Wirklich? Besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Planer von Kanton und Gemeinde die Gründe für die Nichtberücksichtigung des Projekts, einen Monat nach dem Entscheid, nach wie vor nicht kennen. So wartet man auf das Schreiben aus Bern, welches im Laufe dieser Woche eintrudeln dürfte. Ich frage mich: Wussten die Entscheidungsgremien von unserem vermeintlichen Heisshunger auf das süsse Gold? Haben sich Herisau und der Kanton unmissverständlich, hartnäckig und mit allen Mitteln der Kunst für das Tor zum Appenzellerland in den Gremien stark gemacht? Stellte man Kraft, Energie und Dynamik unter Beweis, so wie es unsere Wappen vermitteln? Oder vermittelte man die gängigen Fabel-Klischees des Bären durch Freundlichkeit, Gutmütigkeit und Einfältigkeit? Hat Herisau den geschulterten Holzstamm mit Entschiedenheit als Keule geschwungen, ganz nach dem Motto «Jetzt sind wir einmal dran!» oder muss dieses Holz als Gehhilfe für den Bären interpretiert werden?

Geschätzte Damen und Herren aus Regierungsrat und Kantonsrat: Nomen est Omen; unsere Aggloregion nennt sich «St.Gallen–Bodensee». Das Appenzellerland fehlt in der Namensgebung. Sind wir etwa zum Tanzbären der St.Galler verkommen?

Rorschach gehört zu den Gewinnern. Das Dorf mit Stadtrecht kriegt einen direkten Autobahnanschluss. Darauf warten wir im Appenzellerland seit Jahren genügsam und friedlich. In Rorschach hingegen wurde gekämpft: Gemeinderäte, Kantonsräte, Nationalräte und Parteipräsidenten setzten sich in der Aggloregion und an der Quelle in Bern geschickt für Rorschach und die Anliegergemeinden ein. Ihr Engagement hat sich gelohnt.

Ich wünsche mir, dass unser Bär zu neuer Stärke erwacht! Man soll unsere Empörung über diesen Entscheid lesen, hören und spüren, bevor das Fell verteilt wird. Es ist mein Wunsch, dass wir uns unabhängig von der Parteizugehörigkeit, der Wohnregion und sonstiger Befindlichkeiten, geschlossen für unseren Kanton einsetzen. Man soll den Ausserrhoder Bär fürchten und nicht bemitleiden müssen.

Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte den Rat, sich zum Gebet zu erheben.

Nach Gebet und Appell werden die Geschäfte wie folgt behandelt:

2. **Registergesetz; 1. Lesung**

49

Mit Bericht vom 28. November 2017 beantragt der Regierungsrat:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. dem Entwurf des Registergesetzes in 1. Lesung zuzustimmen.

Mit Bericht vom 17. Januar 2018 beantragt die vorbereitende parlamentarische Kommission:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. dem Entwurf des Registergesetzes im Sinne der Kommission in 1. Lesung zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung.

In der *Schlussabstimmung* stimmt der Rat dem Registergesetz in 1. Lesung mit 63:0 Stimmen ohne Enthaltungen zu.

Die Vorlage untersteht bis Freitag, 23. März 2018, der Volksdiskussion (Text siehe Anhang).

3. **Darlehen an Neubau des Ostschweizer Kinderspitals; Verpflichtungskredit; Genehmigung**

50

Mit Bericht vom 24. Oktober 2017 beantragt der Regierungsrat, für den Neubau des Ostschweizer Kinderspitals auf dem Areal des Kantonsspitals St.Gallen der Stiftung Ostschweizer Kinderspital einen Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 13'878'000 zu gewähren.

Eintreten ist unbestritten.

Die *Detailberatung* wird nicht benützt.

Der Rat genehmigt den Verpflichtungskredit mit 63:0 Stimmen ohne Enthaltungen.

4. **Tourismusförderung, Strategisches Geschäftsfeld «Lebensart», Finanzhilfe 2018–2020; Verpflichtungskredit; Genehmigung**

51

Im Ausstand von Kantonsrätin Monika Bodenmann, Waldstatt

Der Regierungsrat beantragt mit Bericht vom 21. November 2017, für die Tourismusförderung, Strategisches Geschäftsfeld «Lebensart», einen Verpflichtungskredit für die Finanzhilfe 2018–2020 in der Höhe von 630'000 Franken zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung.

Kantonsrat Ralf Menet, Herisau, beantragt namens der SVP-Fraktion, den Verpflichtungskredit auf 540'000 Franken zu kürzen.

Zur Bereinigung des Hauptantrags wird der Antrag des Regierungsrates dem Antrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt. Der Rat gibt dem Antrag des Regierungsrates mit 39:20 Stimmen bei 4 Enthaltungen den Vorzug.

In der Schlussabstimmung genehmigt der Rat den Verpflichtungskredit mit 43:20 Stimmen ohne Enthaltungen.

5. Tourismusförderung, Strategisches Geschäftsfeld «Wandern», Finanzhilfe 2018–2020; Verpflichtungskredit; Genehmigung

52

Im Ausstand von Kantonsrätin Monika Bodenmann, Waldstatt

Der Regierungsrat beantragt mit Bericht vom 21. November 2017, für die Tourismusförderung, Strategisches Geschäftsfeld «Wandern», einen Verpflichtungskredit für die Finanzhilfe 2018–2020 in der Höhe von 750'000 Franken zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung.

Kantonsrat Ralf Menet, Herisau, beantragt namens der SVP-Fraktion, den Verpflichtungskredit auf 648'000 Franken zu kürzen.

Zur Bereinigung des Hauptantrags wird der Antrag des Regierungsrates dem Antrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt. Der Rat gibt dem Antrag des Regierungsrates mit 45:17 Stimmen ohne Enthaltungen den Vorzug.

In der Schlussabstimmung genehmigt der Rat den Verpflichtungskredit mit 60:3 Stimmen ohne Enthaltungen.

6. Gesetz über die Pensionskasse AR, Teilrevision; 2. Lesung¹⁾

53

Mit Bericht vom 14. November 2017 beantragt der Regierungsrat:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. der Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse AR in 2. Lesung zuzustimmen.

Mit Bericht vom 12. Dezember 2017 beantragt die Finanzkommission:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse AR in 2. Lesung zuzustimmen

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung.

Art. 17a

¹ Die angeschlossenen Arbeitgeber leisten für ihre Versicherten per 1. Januar 2018 eine einmalige Einlage zur Minderung von Leistungseinbussen bei künftigen Altersrenten.

² Die gesamte Einlage beträgt maximal 6 Mio. Franken. Sie wird nach Massgabe der für ihre Versicherten resultierenden Vorteile auf die angeschlossenen Arbeitgeber verteilt.

Der Regierungsrat beantragt folgende Änderung von Art. 17a Abs. 1 und die Streichung von Abs. 2:

¹ Die angeschlossenen Arbeitgeber leisten per 1. Januar 2018 eine einmalige Einlage zur Minderung von Leistungseinbussen bei künftigen Altersrenten. Die Einlage beträgt maximal 15'000 Franken pro versicherte Person.

² *gestrichen*

Kantonsrat Hansueli Reutegger, Schwellbrunn, beantragt namens der SVP-Fraktion eine Änderung von Art. 17a Abs. 1:

¹ Die angeschlossenen Arbeitgeber leisten per 1. Januar 2018 eine einmalige Einlage zur Minderung von Leistungseinbussen bei künftigen Altersrenten. Die Einlage beträgt maximal 10'000 Franken pro versicherte Person.

¹⁾ 1. Lesung am 25. September 2017 (Abl. 2017, S. 1202 f.)

Zur Bereinigung des Änderungsantrags wird der Antrag des Regierungsrates jenem der SVP-Fraktion gegenübergestellt. Der Rat gibt dem Antrag des Regierungsrates mit 53:10 Stimmen bei 1 Enthaltung den Vorzug.

Namens der SP-Fraktion beantragt Kantonsrat Jaap Van Dam, Gais, Art. 17a in der Fassung gemäss Beschluss des Kantonsrates in 1. Lesung beizubehalten und den Änderungsantrag des Regierungsrates abzulehnen.

Der Rat bestätigt den Änderungsantrag des Regierungsrates mit 49:15 Stimmen ohne Enthaltungen.

In der *Schlussabstimmung* stimmt der Rat der Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse AR in 2. Lesung mit 63:1 Stimmen ohne Enthaltungen zu.

Die Vorlage untersteht bis Dienstag, 24. April 2018, dem fakultativen Referendum (Text siehe Anhang).

7. Gesundheitsgesetz, Teilrevision (ambulante Notfallversorgung); 2. Lesung²⁾

54

Mit Bericht vom 16. Januar 2018 beantragt der Regierungsrat:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. dem Entwurf für die Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (ambulante Notfallversorgung) in 2. Lesung zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung.

In der *Schlussabstimmung* stimmt der Rat der Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (ambulante Notfallversorgung) mit 63:0 Stimmen ohne Enthaltungen zu.

Die Vorlage untersteht bis Dienstag, 24. April 2018, dem fakultativen Referendum (Text siehe Anhang).

8. Gesetz über eGovernment und Informatik, Teilrevision (eGovG Rev 19); Wahl vorbereitende parlamentarische Kommission

55

Zur Vorbereitung des Geschäfts «Gesetz über eGovernment und Informatik, Teilrevision (eGovG Rev 19)» schlägt das erweiterte Büro eine parlamentarische Kommission in folgender Zusammensetzung vor:

- Schmid Oliver, Teufen, FDP, Präsident
- Brönnimann Markus, Herisau, FDP
- Frischknecht Claudia, Herisau, CVP/EVP
- Fuhrer Michael, Herisau, FDP
- Mauch-Züger Heinz, Stein, pu
- Müller Margrit, Hundwil, pu
- van Dam Jaap, Gais, SP

Die Mitglieder werden in globo mit 56:0 Stimmen bei 7 Enthaltungen gewählt. Der Präsident wird mit 62:0 Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt.

²⁾ 1. Lesung am 30. Oktober 2017 (Abl. 2017, S. 1344 f.)

9. Finanzausgleichsgesetz, Teilrevision; Wahl vorbereitende parlamentarische Kommission

56

Zur Vorbereitung des Geschäfts «Finanzausgleichsgesetz, Teilrevision» schlägt das erweiterte Büro eine parlamentarische Kommission in folgender Zusammensetzung vor:

- Raschle Walter, Schwellbrunn, SVP, Präsident
- Andreani Renzo, Herisau, SVP
- Balmer Yves Noël, Herisau, SP
- Fischer Roland, Speicher, FDP
- Müller Margrit, Hundwil, pu
- Rüttsche-Fässler Ursula, Herisau, CVP/EVP
- Schnyder Iwan, Urnäsch, FDP

Die Mitglieder werden in globo mit 57:0 Stimmen bei 6 Enthaltungen gewählt. Der Präsident wird mit 62:0 Stimmen ohne Enthaltungen gewählt.

10. Frage- und Informationsstunde

57

Die im Sinne von Art. 75 der Geschäftsordnung des Kantonsrates eingereichten Fragen betreffen

- die Auswirkungen bei einer Ablehnung der No-Billag-Initiative;
- die Förderung der Sprachkenntnisse im Vorschulalter, Integrationsmassnahmen.

Die Fragen werden durch die zuständigen Mitglieder des Regierungsrates beantwortet.

Schluss der Sitzung: 15.15 Uhr